



행복

FORDERUNGSKATALOG



Die Hochschulen den Studierenden!

3-Punkte-Plan für
gerechte Hochschulen



ECTS stopfen keine Budgetlöcher

1. Basisfinanzierung für öffentliche Universitäten!

Den öffentlichen Universitäten fehlt es an Geld - an allen Ecken und Enden. Für diesen Herbst fehlen noch immer eine halbe Milliarden Euro, bis 2027 werden insgesamt 16 Milliarden Euro benötigt, allein um den Status Quo zu decken.

Trotz dieser akuten Geldnot reagiert das Bildungsministerium nicht. Im Gegenteil: Die Gelder für die Unis werden alle drei Jahre in sogenannten „Leistungsvereinbarungen“ vergeben. Das ist ein Vertrag zwischen der Uni und dem Ministerium, der zusätzlich an zahlreiche Bedingungen geknüpft ist. Studieren nämlich in den Augen des Ministeriums zu wenig Studierende „schnell genug“, bekommt die jeweilige Uni weniger Geld. Erst ab 16 erarbeiteten ECTS pro Studienjahr zählt der/die jeweilige Studierende_r für die Budgeterrechnung als „prüfungsaktiv“. Im Gegensatz dazu gibt es allerdings keinen Zuschuss, wenn mehr Studierende als vereinbart schnell genug studieren. Diese Schieflage ist besonders in Zeiten der Teuerung zynisch.

Wir fordern daher das Aussetzen der prüfungsaktiven Studien als Berechnungsfaktor fürs Universitätsbudget. Stattdessen soll ein Basisbudget für jede Hochschule eingeführt werden, dessen Höhe sich nach den ordentlichen Studierenden richtet. Dieses Budget steht auf jeden Fall zur Deckung des laufenden Betriebs zur Verfügung. Weitere Zusatzzahlungen können darüber hinaus vereinbart werden, etwa für die Förderung unterfinanzierter Forschungsbereiche.

2. 2 Prozent des BIPs für Wissenschaft!

Auch außerhalb der Teuerung bekommt der Wissenschaftsbereich ein viel zu kleines Stück vom Kuchen ab. Während in den Siebzigerjahren noch über 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Wissenschaft geflossen sind, sind es heute kaum mehr als 1 Prozent. Dabei sind Investitionen in die Wissenschaft nicht nur gesellschaftlich von großer Bedeutung, auch wirtschaftlich lassen sich Vorteile daraus ziehen: Jeder Euro, der in Hochschulen investiert wird, kommt in wenigen Jahren verdoppelt zurück. Das hat die UNIKO in ihrer Studie längst bestätigt.

Bereits vor 10 Jahren hat sich das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) zum selben Thema geäußert: 2 Prozent des BIPs für Hochschulen seien die Untergrenze, um die tertiäre Bildung nach vorne zu bringen. Damals hat sich das Bildungsministerium das Ziel gesteckt, bis 2020 auf jene 2 Prozent zu kommen. Der Status Quo ist düster: Nur 1,3 Prozent des BIPs kommen den Hochschulen heute zu Gute. Damit ist die Quote seit 2013 sogar um 0,13 Prozentpunkte gesunken. Die Prioritätensetzung im Budget der Bundesregierung ist klar verschoben - und damit muss Schluss sein!

Wir fordern die staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen und des Wissenschaftsbereiches mit einer Anpassung des Hochschulbudgets auf 2 Prozent des BIP.

3. Gerechte Finanzierung aller FH-Studiengänge!

Nicht nur die öffentlichen Universitäten müssen um jeden zusätzlichen Euro ringen. Auch die Fachhochschulen liegen weitab vom Fokus des Bildungsministeriums. Hier trifft es allerdings nicht jede Fachhochschule und nicht jede_n Studierende_n gleich. Die Zuschüsse, die einige Fachhochschulen vom Ministerium bekommen, sind nämlich nicht direkt an die Fachhochschule gerichtet, sondern an einzelne Studienplätze. So sieht das auch der neue Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan vor.

Damit entscheidet das Ministerium, welche Studienrichtungen genug Mittel für gute Lehre, qualitative Forschung und genügend Studienplätze bekommen und welche nicht. Das Resultat daraus zeichnet sich selbst am Arbeitsmarkt ab: Trotz des akuten Mangels im Pflegebereich, können kaum zusätzliche Studienplätze angeboten werden. Fast schon überfinanziert werden Studienplätze in technischen Fächern. Hier stehen wesentlich mehr Budget und Studienplätze zur Verfügung. So viele, dass die Plätze oft nicht ausgefüllt werden können. Das Geld kann von der Fachhochschule allerdings nicht umverteilt werden. Darunter leiden die Studierenden, die Lehrenden und weiterführend auch die Gesellschaft und der Arbeitsmarkt.

Mit einer Finanzierung der gesamten Fachhochschulen und einem Abweichen der individuellen Studienplatzfinanzierung werden FHs ein Stück Autonomie zurückgegeben, um den Bedarf an die Realität anzupassen.

Für Gerechtigkeit im Studium!

1. Lehramtsreform jetzt!

Wer in den letzten Wochen in die Zeitungen geblickt hat, kommt um ein zentrales Thema nicht herum: Der Lehrpersonenmangel macht den Schulen zu schaffen. Zu Beginn des Schulsemesters vor wenigen Wochen waren etwa noch immer 200 Stellen unbesetzt. Dieser Mangel ist kein neuartiges Problem. Schon vor zehn Jahren haben die Gewerkschaften der Lehrpersonen vor dem Notstand gewarnt, der heute die Schulen unter Druck setzt. Gehandelt wurde damals allerdings nicht. Der Hebel, um dieses Problem zu lösen, ist das Lehramtsstudium, das vor offenen Baustellen nur so klafft.

Durch das unbeeinflusste Zuwarten haben sich die Probleme im Lehramtsstudium in absurde Höhen heraufgeschraubt. Dass mittlerweile sogar erstsemestrige Student_innen bereits in Schulklassen unterrichten, ist ein klarer Ausdruck dessen. Das Studium klafft vor lauter Hürden, schafft es nicht, die Praxis des Unterrichts ordentlich einzubinden und der Übergang vom Studium in den Beruf ist viel zu wenig betreut. Das streckt potentielle Lehramtsstudierende ab - und verschlimmert damit den Lehrpersonenmangel immer weiter.

Seit Jahren wird nach einer Reform des Lehramtsstudiums gerufen. Heute ist sie dringender wie eh und je. Die Schulen sind am Anschlag, ein weiteres Zuwarten unmöglich. Die Reform muss bis zum Winter vorliegen, um ein ordentliches Studium und weiterführend die beste Schulbildung für alle zu gewährleisten!

2. Gleiche ECTS für gleiche Arbeit

Vor bald 25 Jahren hat Österreich die Bologna-Erklärung unterzeichnet. Mit dieser Unterschrift wurde der Prozess eingeläutet, die alten Magister-Studiengänge aufzubrechen und hin zu einem europaweit einheitlichen Studienorganisationssystem zu schreiten. Diese Umstellung brachte einige große Vorteile mit sich. So ist etwa der Austausch zwischen Studiengängen in anderen europäischen Ländern vereinfacht, Studien sind in und über Österreichs Grenzen hinweg mit anderen vergleichbar und durch die Einführung von ECTS sind klare Arbeitseinheiten definiert und kalkulierbar. So zumindest auf dem Papier.

Noch immer, 25 Jahre nach dem Startschuss des Bologna-Prozesses, klaffen zwischen einzelnen Studiengängen große Lücken. Die Idee der Vereinheitlichung des Arbeitsaufwands im Studium durch ECTS treiben seither einerseits den Leistungsdruck an Hochschulen voran und sind andererseits je nach Hochschule ganz anders ausgestaltet. Gerade technische Studiengänge passen mit ihrem jetzigen Studienplan nicht in die vorgegebene Form der 180 ECTS im Bachelor. Das Resultat ist bedenklich: Der Arbeitsaufwand, der für die selbe ECTS-Anzahl investiert werden muss, variiert zwischen den verschiedenen Studiengängen enorm. Dadurch entsteht vor allem für Studierende technischer Studiengänge ein immenser Nachteil. Wer für denselben Output mehr arbeiten muss, braucht deutlich länger für das Studium und muss häufiger Studiengebühren zahlen als Studienkolleg_innen anderer Studienrichtungen.

Um allen Studierenden die gleichen Chancen bieten zu können, braucht es endlich Gerechtigkeit bei der ECTS-Vergabe. Um das zu erreichen, soll im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ein Plan ausgearbeitet werden, wie langfristig ECTS-Gerechtigkeit in den Lehrplänen hergestellt werden kann.

3. Klima im Studienplan

Die Klimakrise ist die zentrale Krise unserer Generation. Sie bedroht das gesamte Dasein der Menschheit wie keine andere Krise - Hungersnöte, Dürren und Wetterextreme sind erst der Anfang einer massiven Veränderung unserer Art zu leben. Schon jetzt kostet sie mehrere zehntausende Menschen das Leben und treibt ein Vielfaches davon in die Flucht. Insbesondere in Österreich als Industrie- und Konsumstaat ist es unsere Pflicht, alles Erdenkliche zu tun, um der Zerstörung unserer Planeten entgegenzuwirken, welche insbesondere die Generation der jetzigen Student_innen und Schüler_innen zu spüren bekommen wird.

Wir müssen jetzt handeln, um sie zu stoppen und unsere Zukunft zu retten. Hierbei spielen auch unsere Hochschulen eine zentrale Rolle, da sie einerseits mit gutem Beispiel vorangehen müssen und andererseits ihre eigenen Treibhausemissionen reduzieren und auch Bewusstsein für die Klimakrise und ihre Folgen schaffen müssen.

Ein Studium bildet uns für die Zukunft und muss sich daher auch mit der Klimakrise und ihren Folgen befassen. Wir als ÖH fordern daher: Klimaschutz muss auch in die Curricula an den Hochschulen einfließen!

Studieren darf kein Privileg sein!

1. Beihilfen rauf, Gebühren runter!

Inflation ist kein Phänomen, das uns nur jetzt oder nur in den nächsten Jahren begleiten wird, sondern eine kontinuierliche Herausforderung, der wir schon jetzt politisch begegnen können und müssen. Es braucht daher einen Ausbau der Studienbeihilfe, damit tatsächlich Studierende in allen Lebensrealitäten gefördert werden können. Darunter fällt eine allgemeine Erhöhung der Studienbeihilfe, eine Abschaffung der Altersgrenze, Zugang für Studierende aus Drittstaaten und eine Anpassung der Bezugsdauer auf die Regelstudienzeit. Außerdem muss die Regierung ihrer Pflicht nachkommen und die Beihilfe bekannter und niederschwelliger machen, damit alle Studierenden diese Unterstützungsmöglichkeit nutzen können!

Die Studiengebühren sind immer schon ein unnötiger und abschreckender finanzieller Ballast für Studierende gewesen und tragen außerdem enorm zur sozialen Selektion an Österreichs Hochschulen bei. Für die ÖH ist klar, dass ein freier und offener Hochschulzugang der einzige Weg zu gerechten und leistbaren Hochschulen sein kann. Es ist nie zumutbar, aber vor allem jetzt nicht, während das gesamte Leben teurer wird, weiterhin Studiengebühren einzuheben, die für eine Person schicksalsentscheidend sind. Deshalb fordern wir die Abschaffung jeglicher Studiengebühren für EWR- und Nicht-EWR-Studierende, sowie eine sofortige Rückerstattung der Studiengebühren für das vergangene Sommersemester.

2. Leistbare Mobilität für Studierende

Für Studierende ist Mobilität ein unglaublich wichtiges Thema – egal ob man zwischen den Studienorten oder zum Praktikum pendeln muss, oder einfach um Familie und Freund_innen zu besuchen. Diese notwendige Mobilität ist jedoch oft mit immensen Kosten verbunden und für die meisten Student_innen kaum leistbar. Gerade Mobilität ist so noch immer ein extrem sozial selektiver Teil des Studiums. Für uns als ÖH ist klar: Die Wege auf die Hochschulen müssen zugänglicher für alle werden. Damit sich die Nutzung, besonders in Zeiten der Teuerung, auch wirklich rentiert, fordern wir ein gratis Klimaticket für alle Studierenden!

Um wirkliche Mobilität zu garantieren fordern wir zusätzlich Fahrrad-highways an allen Hochschulen und einen besseren Ausbau sowie Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel. Eine Altersgrenze darf es dabei natürlich nicht geben.

Die Einführung eines niederschweligen gut ausgebauten öffentlichen Verkehrssystems würde hier nicht nur eine immense Entlastung für Student_innen bringen, es wäre auch ein dringend notwendiger Schritt für den Klimaschutz in Österreich. Ca. 30 % der österreichischen Treibhausgase stammen aus dem Verkehrssektor, das muss sich ändern. Hochschulen müssen für Studierende umweltfreundlich und öffentlich erreichbar sein. Hier ist mit der Einführung des Klimatickets sicher schon ein großer Sprung in der Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs gelungen, insbesondere für Studierende braucht es aber einen noch niederschweligeren Zugang zu den Öffis. Ein kostenloses Klimaticket ist die ideale Möglichkeit, um allen Studierenden eine klimafreundliche Mobilität zu ermöglichen und sie zugleich finanziell zu entlasten.

3. Entlastung durch einen echten Mietpreisdeckel

Wohnkosten sind die größten Ausgaben, die Studierende Monat für Monat betätigen müssen. Bereits vor der aktuellen Teuerung haben die viel zu hohen Mietpreise Studierende in die Armut getrieben. Schon vor der Teuerung lagen die monatlichen Ausgaben für Miete für Studierende bei 440 Euro im Monat. Eine drückende Inflation, die seit eineinhalb Jahren ungebremst auf die Bevölkerung zurollt, hat diesen Wert maßgeblich nach oben korrigiert. Selbst die ehemals günstigen Studierendenwohnheime sind durch die Abschaffung staatlicher Förderung mittlerweile kaum mehr günstiger als eine WG.

Vor allem für Studierende, die weit weg von Hochschulstandorten leben, ist das Thema Wohnen eine riesige Hürde, überhaupt ein Studium in Erwägung zu ziehen. Viele, die schon inskribiert sind, suchen jetzt zum Semesterstart noch immer nach einer Bleibe, zahlreiche werden trotz intensiver Suche nicht fündig. Es muss endlich sichergestellt werden, dass die Miete nicht über unser Studium entscheidet.

Wir fordern eine Rücknahme der Mieterhöhungen seit 2021 und einen Deckel auf dem damaligen Niveau. Außerdem wird es höchste Zeit für die Einführung einer Leerstandsabgabe.



Die 22-jährige Vorarlbergerin Nina studiert seit 2019 Umweltingenieurwissenschaft an der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien. 2021 trat sie an ihrer Hochschule als lokale Spitzenkandidatin für den Verband Sozialistischer Student_innen (VSStÖ) an und war die letzten zwei Jahre im Vorsitz der BOKU vertreten. Dort konnte sie gemeinsam mit ihrem Team viele Projekte für die Student_innen umsetzen, beispielsweise die Erhöhung der Unterstützungstöpfe für Studierende und die Ausarbeitung einer Broschüre, die sich mit der faschistischen und nationalsozialistischen Geschichte der BOKU beschäftigt. 2023 vertrat Nina ihre Fraktion als bundesweite Spitzenkandidatin bei der Wahl zur Österreichischen Hochschüler_innenschaft. Nina Mathies wurde bei der konstituierenden Sitzung der ÖH am 24. Juni 2023 zur Vorsitzenden gewählt. Als Vorsitzende der ÖH bringt sie viel Erfahrung mit in das Vorsitzteam und möchte nun auch auf Bundesebene eine laute, kritische und soziale Stimme für alle Studierenden sein.



Sarah ist 22 Jahre alt und studiert Englisch und Deutsch auf Lehramt. Seit 2019 ist die gebürtige Südoststeirerin Aktivistin bei den Grünen & Alternativen Student_innen (GRAS). Bereits im ersten Semester an der Uni wurde ihr schnell klar, mit wie vielen Ungerechtigkeiten Studierende zu kämpfen haben und wie dringend auch die Hochschulen etwas gegen die Klimakrise unternehmen müssen. Im Frühjahr 2021 wurde sie Spitzenkandidatin der GRAS Graz bei der ÖH-Wahl an der Universität Graz. Anfang 2022 wurde Sarah Teil des Vorsitzteams der ÖH Uni Graz, dort setzte sie sich unermüdlich für die Studierenden der Karl Franzens Universität Graz ein und will diese wichtige Arbeit nun auf der ÖH fortführen. 2023 war sie bundesweite Spitzenkandidatin ihrer Fraktion und

wurde daraufhin zur stellvertretenden Vorsitzenden der ÖH gewählt. In den nächsten zwei Jahren will Sarah für ein gutes Leben und Studium für alle kämpfen und sich für klimeutrale und zukunftsgerichtete Hochschulen einsetzen.



Zum Aktivismus kam der 24-jährige Wiener Geschichte-Student Simon schon früh. Bereits 2016 war er im Bundessprecher_innenrat der Jungen Linken, von 2018-2020 im Bundesvorstand und seit 2021 als Assistent im KZ-Verband tätig. Seit 2019 engagiert sich Simon beim KSV-LiLi. An seiner lokalen Hochschule, der Universität Wien, war Simon die letzten vier Jahre bereits in der Studierendenvertretung, zuletzt als Referent für antifaschistische Gesellschaftskritik & Sport tätig. Bei der konstituierenden Sitzung der Bundesvertretung wurde Simon mit 36 von 54 Stimmen in das Vorsitzteam der Österreichischen Hochschüler_innenschaft gewählt. Der Listenplatz-zweite will die kommenden zwei Jahre eine starke, antifaschistische Stimme für die Studierenden sein.



**Link zur digitalen
Pressemappe und
zu den Fotos der
Pressekonferenz**

Es ist kein Geheimnis, dass Hochschulen chronisch unterfinanziert sind. Letztes Jahr musste die TU Wien auf Grund der Teuerung und der hohen Energiekosten sogar vorübergehend schließen. Das ist kein Zustand, den wir hinnehmen wollen oder können. Wer an der Bildung spart, spart uns die Zukunft weg!

Statt alle Hochschulen auszufinanzieren, werden diese dazu gezwungen, noch stärker in Wettbewerb miteinander zu treten. Wenn die erste Priorität einer Bildungseinrichtungen ihr Konkurrenzkampf ist und nicht mehr ihre Studierenden, dann zerstört man unser Bildungssystem.

Nina Mathies, Vorsitzende der ÖH

Eine Lehramtsreform ist dringend notwendig! Es kann nicht sein, dass Lehramtsstudierende weniger ECTS für dieselbe Lehrveranstaltung bekommen, als andere Studierende, die diese besuchen.

Ein Studium bildet uns für die Zukunft und muss sich daher auch mit der Klimakrise und ihren Folgen befassen. Gerade im Hinblick auf die letzten Hitzemonate fordern wir als ÖH daher: Klimaschutz muss auch in die Curricula an den Hochschulen einfließen.

Sarah Rossmann, 1. stv. Vorsitzende der ÖH

„Bildungspolitisch gibt es viel zu tun, aber um ein Studium für alle zu ermöglichen, braucht es darüber hinaus Maßnahmen - insbesondere im Sozialbereich. Wir als ÖH fordern deshalb ein Einfrieren der Mieten, eine Studienbeihilfe, die zum Leben reicht und leistbare Mobilität für alle Studierenden.

Anfallende Studiengebühren zwingen viele Student_innen dazu, ihr Studium abzubrechen, weil sie sich ihre Ausbildung schlichtweg nicht mehr leisten können. Das ist völlig inakzeptabel, wir fordern daher dringend Maßnahmen!

Simon Neuhold, 2. stv. Vorsitzender der ÖH

Österreichische Hochschüler_innenschaft
Taubstummengasse 7-9
1040 Wien
oeh@oeh.ac.at

2. Oktober 2023